

Haushaltsrede der CDU-Fraktion Eberbach zum Haushalt 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reichert,
werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Damen und Herren.

Der Haushalt 2015, der zweite nach Übergang von der Kameralistik zur Doppik steht nun vor der Verabschiedung.

Mit ca. 37,5 Mio. € Aufwendungen und einer Kreditaufnahme von ca. 1,2 Mio. € bei einer Tilgung von 758.000 € weist der Haushalt für 2015 noch ein Defizit und damit eine Erhöhung der Nettoverschuldung Eberbachs um 445.390 € aus.

Bei der aktuell guten Wirtschaftslage einerseits und der Gesamtverschuldung Eberbachs andererseits ist der Haushalt für das Jahr 2015 singulär betrachtet für die CDU-Fraktion daher so nicht zustimmungsfähig. Die Kreditaufnahme über der Tilgung widerspricht auch den ursprünglichen und klaren Vorgaben seitens des Gremiums an die Verwaltung.

Für die Gesamtentscheidung über Zustimmung oder Ablehnung haben wir seitens der CDU-Fraktion jedoch auch andere Aspekte herangezogen.

So resultiert die zusätzliche Kreditaufnahme zu Teilen aus der auch von uns beantragten und dringend notwendigen

Sanierung der Kanalschäden. Diese Ausgaben amortisieren sich jedoch und sind rentierlich.

Die meisten unserer Sparvorschläge sind mehrheitlich im Gremium angenommen worden, zugleich hätten wir uns aber gewünscht, dass von allen Fraktionen die dramatische Lage der städtischen Finanzen noch stärker berücksichtigt worden und auch hier noch ein stärkerer Sparwille erkennbar gewesen wäre.

Zum anderen war es uns wichtig, mit unserem Antrag zur Sicherung der ärztlichen Versorgung auch ein klares positives Zeichen zur Zukunftssicherung zu setzen.

Der für uns aber mit Abstand wichtigste Punkt ist, dass es uns endlich mehrheitlich gelungen ist, dringend notwendige Strukturmaßnahmen einzuleiten.

Hier zu nennen sind vor allem die verbindliche Reduzierung der Personalkosten um 3% sowie die Beschlüsse zum Forst.

Eine grundsätzliche Wiederbesetzungssperre frei werdender Stellen hätten wir ebenfalls präferiert, jedoch wird auch die jetzt gefundene Lösung mit Vorabinformation des Gemeinderates zu Personalplanungen dazu beitragen, dass zukünftig der Gemeinderat hier entscheidend steuern kann.

Vieles wurde schon durch meine beiden Vorredner gesagt und braucht nicht wiederholt zu werden. Daher möchte die CDU-Fraktion jetzt nach den Gemeinderatswahlen 2014 bewusst eine Ist-Analyse der finanziellen Situation der Stadt

Eberbach ziehen und zugleich einen Blick in die Zukunft werfen.

Für uns ist wichtig, dass die Bürger unverblümt, offen, transparent und ehrlich über die finanzielle Lage der Stadt und die daraus folgenden Schlüsse und Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft informiert sind.

Vollkommene Transparenz und Information sind die Grundlagen für die Akzeptanz der zukünftigen Entscheidungen.

„Um die weitere zunehmende Verschuldung unseres Haushaltes zu verhindern, wird es langfristig nicht reichen, an der einen oder anderen Stellschraube zu drehen. Es ist erforderlich, Zielsetzungen und Zielvorstellungen neu zu überprüfen und den geänderten heutigen als auch künftigen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen anzupassen. Unverzichtbar wird es sein, mit anderen Mitteln neue Handlungsspielräume zu nutzen, z.B. durch striktere Prioritätensetzung, durch Ausgaben- und Aufgabenüberprüfungen, durch Standardanpassungen und ggf. Leistungsreduktionen.“

Ich denke, die meisten von Ihnen werden diesen Sätzen zustimmen. Dies sind jedoch nicht meine Worte, sondern es ist ein Zitat des früheren Stadtkämmerers Karl Weis aus einer seiner letzten Haushaltsreden, der die finanzielle Situation vollkommen richtig analysiert hatte.

Leider hat sich seit diesem Zeitpunkt bisher in Bezug auf die von Herrn Weis gegebenen Mahnungen nur sehr wenig verändert, und umso größer ist der Handlungsdruck nun

heute für alle Beteiligten: Bürgermeister, Gemeinderat und Verwaltung.

Wir sind optimistisch, mit den jetzt beschlossenen Maßnahmen erste, aber entscheidende Schritte in diese Richtung zu gehen.

Für uns ergibt sich in der Analyse der Situation ein klares Bild:

1. Eberbach hat ein gravierendes Schuldenproblem. In der Gruppe vergleichbarer Städte nimmt Eberbach einen Spitzenplatz in der Pro-Kopf-Verschuldung ein. Aus finanzpolitischer Sicht ist Eberbach ein Sanierungsfall!
2. Der genehmigungsfähige Kreditspielraum der Stadt ist ebenfalls nur noch sehr gering. Daher dürfen Kredite nur noch für absolut notwendige Investitionen aufgenommen werden.
3. Viele Mittel wurden in den letzten Jahren für überteuerte und aus dem Ruder gelaufene Einzelprojekte ausgegeben, die zum Teil bis heute noch nicht einmal endgültig fertiggestellt sind.
4. Die Personalkosten der städtischen Verwaltung belasten mit fast einem Viertel der Gesamtausgaben überproportional den Etat der Stadt. Hier wurden jetzt durch die Beschlüsse in den Haushaltberatungen erste notwendige Schritte eingeleitet.
5. Es herrscht zugleich in Eberbach unbestreitbar ein Investitionsstau. Viele der notwendigen Maßnahmen wurden bewusst oder unbewusst nicht angegangen und stehen jetzt zugleich mit höchster Priorität auf der

Agenda von Verwaltung bzw. Gemeinderat. Aktuell ist hier die unaufschiebbare Kanalsanierung zu nennen. Weitere wichtigste anzugehenden Projekte sind die Sanierung maroder Straßen, die Sanierung der Schulen, die Sanierung bzw. der Neubau des Kindergartens Regenbogen, die dringende Sanierung des Feuerwehrhauses, Investitionen in das Breitbandnetz, eine wirtschaftliche Lösung für die Bäderbetriebe. Um alles umzusetzen, bräuchte Eberbach zweistellige Millionenbeträge. Diese haben wir nicht und werden wir kurzfristig auch nicht bekommen. Daher muss klar sein: Es bedarf einer dringenden Priorisierung, alles Notwendige ist gleichzeitig nicht umsetzbar.

6. Eberbach hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem! Eberbach hat sich als Kommune viele freiwillige Ausgaben geleistet, die nicht unbedingt notwendig waren und die in der Zukunft nicht mehr finanzierbar sein werden.

Ausgaben müssen zukünftig noch stärker auf die absolute Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden, wie es unter anderem auch explizit die Gemeindeordnung Baden-Württemberg fordert.

Aber nicht nur die freiwilligen Leistungen, sondern auch die Pflichtaufgaben bedürfen einer Überprüfung auf Einsparung. Zugleich gilt es Synergieeffekte zu nutzen.

Denn ein „Weiter so“ ist nicht mehr möglich!

Daraus folgt:

7. Der Gemeinderat, mit dem Bürgermeister an der Spitze, wird in den nächsten Jahren die Aufgabe des harten Sanierers für die Stadt übernehmen müssen!

Es bedarf hier keines kurzfristigen Aktionismus, sondern nachhaltig wirkender struktureller Reformen!
Diese Einschnitte müssen wir vornehmen, nicht weil wir das so wünschen oder es uns gar Freude bereitet, sondern weil wir aufgrund von Entscheidungen und Entwicklungen in der Vergangenheit heute und in den nächsten Jahren dazu gezwungen sind, zum Wohle und für die Zukunft der Stadt genau diese harten und schweren Entscheidungen zu treffen. Dabei wird es keine Tabus und Denkverbote geben dürfen.

Herr Reichert: Die CDU-Fraktion erkennt an, dass Sie aktuell viele Altlasten abarbeiten müssen, die Sie gar nicht zu verantworten haben und von deren Existenz Sie bei Ihrer Amtsübernahme zum Teil nicht einmal wussten. Die CDU-Fraktion wird Sie bei allen daraus resultierenden notwendigen Maßnahmen zum Wohle der Stadt unterstützen!

Soweit zunächst unsere Analyse der aktuellen Situation.

Wie kann nun eine finanzielle Konsolidierung in Kombination mit den priorisierten Investitionsentscheidungen realisiert werden?

Aus Sicht der CDU-Fraktion ergibt sich nur ein gangbarer Weg. Zum einen bedarf es einer klaren Schwerpunktsetzung bei Investitionen und Aufgaben. Die angedachte und im Haushalt eingeplante Organisationsuntersuchung mit Analyse des Personalbestandes der Stadtverwaltung in Kombination mit objektiver Aufgabenkritik ist dringendst anzugehen und als Grundlage für weitere Entscheidungen zu nutzen.

Ziel hierbei muss unter Federführung und Zielvorgabe des Gemeinderates sein, mittelfristig und - das ist uns sehr wichtig, sozialverträglich durch Nutzung der natürlichen Fluktuation und interner Umorganisation - den Personalstand der Stadtverwaltung Eberbach und die Personalausgaben auf das Niveau vergleichbarer Städte abzusenken.

Nur so kann dauerhaft finanzieller Spielraum für die zwingend notwendigen Investitionen gewonnen werden. Die beschlossenen Maßnahmen zur Stellenbesetzung in Kombination mit dem Gemeinderatsbeschluss, die Personalkosten um 3% zu senken, sind hier ein sinnvoller Beginn.

Eines muss aber auch klar sein, eine Reduzierung des Personalbestandes geht eventuell mit reduzierten Aufgaben und Leistungen einher. Daher ist eine parallel durchzuführende objektive Aufgabenkritik die andere Seite der Medaille.

Auch die Strukturen der Stadtwerke sowie der Stadtförsterei müssen neu ausgerichtet werden. Der hier eingeschlagene Weg muss konsequent weitergegangen werden. Auch hier wurden jetzt entsprechende Beschlüsse im Gemeinderat gefasst.

Parallel dazu bedarf es natürlich moderner Steuerungsinstrumente im Bereich der Personalwirtschaft und verstärktes internes Controlling der verschiedenen Investitionen.

Kostenexplosionen wie exemplarisch am HSG können und dürfen wir uns in der Zukunft nicht mehr leisten. Wir müssen seitens des Gemeinderates auch hier noch

kritischer hinterfragen, ob Planungen wirklich sinnvoll und notwendig sind. Eine effektive Kontrolle ist hierbei nicht als grundsätzliches Misstrauen zu verstehen, sondern als verpflichtende Aufgabe, die wahrgenommen werden muss.

Es bedarf klarer Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten und Zeitpläne. Premiümlösungen sind ebenfalls nicht mehr finanzierbar. Entscheidend ist ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis, auch unter Beachtung der Folgekosten.

Zugleich erwarten wir zukünftig, dass die Doppik noch mehr als Steuerungsinstrument verstanden und genutzt wird. Zielvorgaben müssen durch den Gemeinderat erfolgen, die operationale Umsetzung muss hingegen durch die Verwaltung erfolgen, da nur diese die notwendigen Detailkenntnisse und Datenbasis besitzt.

Die CDU-Fraktion setzt bei der Lösung der zentralen Aufgaben in den nächsten Jahren auf eine kooperative und fraktionsübergreifende Zusammenarbeit im Gemeinderat.

Auch lassen wir uns gerne von guten Lösungsansätzen anderer Fraktionen oder Dritter überzeugen. Entscheidend ist immer das Wohl der Stadt und unserer Bürger in der Gesamtschau.

Nur eines werden wir nicht akzeptieren. Wer immer öffentlich und nicht-öffentlich sagt, wo wir überall nicht sparen dürfen, wofür Gelder auszugeben sind und was alles nicht möglich ist, muss zugleich auch selbst gangbare Finanzierungs- und Sparvorschläge und einen

alternativen Lösungsvorschlag zur finanziellen Konsolidierung des Haushaltes liefern.

Denn die Haushaltskonsolidierung in Kombination mit gezielten und notwendigen Investitionen ist für uns als CDU-Fraktion alternativlos.

Sicher werden die nächsten Jahre für Bürger, Verwaltung und Gemeinderat nicht einfach werden. Aber es gibt keine gangbare Alternative zu Einsparungen bei den laufenden Ausgaben, um Mittel für notwendige Investitionen zu realisieren.

Die obigen genannten Maßnahmen werden nicht bei allen auf Zustimmung stoßen, durch Verteilen von Wohltaten ist man als Bürgermeister und Gemeinderat sicher beliebter. Aber wir sind vom Souverän – sprich dem Bürger – nicht gewählt worden, um beliebt zu sein, sondern um das richtige und notwendige für eine gute Zukunft unserer Heimatstadt zu tun.

Konsolidieren, strukturell reformieren und gezielt investieren zum Wohle Eberbachs!

Wie bereits eingangs erwähnt sind die Haushaltszahlen alleine betrachtet für die gesamte CDU-Fraktion grundsätzlich nicht zustimmungsfähig!

Da es jedoch gelungen ist, zugleich dringend notwendige und wichtige strukturelle Veränderungen einzuleiten und für die Fraktion wichtige Maßnahmen zu beschließen wird in der Gesamtschau aller Beschlüsse die CDU-

Fraktion mehrheitlich dem Haushalt trotz Bedenken zustimmen.

Wir bedanken uns insbesondere bei Herrn Stadtkämmerer Müller und den Mitarbeitern der Kämmerei für die kooperative Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Haushaltes 2015.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Gez. Michael Schulz

für die CDU-Fraktion (Karl Braun, Georg Hellmuth, Patrick Joho, Wolfgang Kleeberger, Michael Schulz, Heiko Stumpf)

Anmerkung: Es gilt das gesprochene Wort.